

Nordseeküste darf nicht zum Kohlestrand werden

„Wilhelmshavener Erklärung“ der GRÜNEN Küstenkonferenz gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke und für einen wirksamen Klimaschutz

Vier neue Kohlekraftwerksprojekte sind an der niedersächsischen Küste in Stade, Wilhelmshaven, Emden und Dörpen geplant oder im Genehmigungsverfahren, hinzu kommen drei Kraftwerksblöcke in Brunsbüttel und ein Kraftwerk in Eemshaven auf der niederländischen Seite der Ems. Würden alle gebaut, gingen zusätzliche 9.000 Megawatt Kraftwerksleistung ans Netz. Das würde einen zusätzlichen CO₂ Ausstoß von 50 Millionen Tonnen verursachen.

Schluss mit der „Stromlücken-Lüge“

Diese Häufung von Kraftwerksprojekten an der Küste hat ihre Ursachen in den günstigen Bedingungen für Kohleverstromung in der Nähe von großen Häfen. Hier wird billige Kohle – größtenteils aus China – angelandet, um zu niedrigen Preisen Strom zu produzieren. Niedersachsen hat bereits einen Stromüberschuss und ist Stromexporteur. Es geht um günstige Bedingungen für Stromexport und um hohe Rendite und nicht um das Schließen einer angeblichen „Stromlücke“. Wer wie die Deutsche Energieagentur behauptet, wir müssten mit einem Engpass in der Energieversorgung im Jahr 2020 rechnen, betreibt das Geschäft derjenigen, die trotz Klimadebatte neue Kohlekraftwerke bauen und die Atomkraftwerke länger laufen lassen wollen. Das Gespenst einer „Energilücke“, das von den Stromriesen beschworen wird, soll vor allem dem Widerstand gegen neue Kohlekraftwerke das Wasser abgraben.

Ein Drittel weniger CO₂ geht nur ohne neue Kohlekraftwerke

Ministerpräsident Wulff behauptet, die neuen Kohlekraftwerke seien klimafreundlich, weil sie einen höheren Wirkungsgrad hätten. Aber keines der Kraftwerke ist mit Kraftwärmekopplung geplant. Das heißt, der Wirkungsgrad bliebe unter 50 Prozent. Jeder der geplanten Kraftwerksblöcke würde eine erhebliche Menge CO₂ in die Atmosphäre blasen, 4,2 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr aus einem Block mit 800 Megawatt. Wir wollen auch in Niedersachsen das Klimaziel erreichen und die Produktion und den Verbrauch von Energie so umbauen, dass der CO₂ Ausstoß bis 2020 um über ein Drittel reduziert wird. Das erfordert große Anstrengungen, ist aber zu erreichen, wenn man in Niedersachsen endlich damit beginnen würde. Aber alle diese Anstrengungen würden zunichte gemacht durch die neuen Kohlekraftwerke. Ein einziger Kraftwerksblock in Wilhelmshaven wird soviel Treibhausgas in die Luft blasen wie der gesamte Verkehr in Hamburg.

Ausbau erneuerbarer Energien, statt kostenloser CO₂ Rechte für Energiemultis

Wenn Bundesumweltminister Gabriel behauptet „Wir können zusätzlich zu den im Bau befindlichen Kohlekraftwerken noch zehn Anlagen bauen, ohne die Klimaziele zu gefährden“, dann ist das Augenwischerei und Kohlelobbyismus. Gabriel sorgt sich offenbar mehr um die finanzielle Basis der Stromriesen als um die Klimaschutzziele für Deutschland. Und der Emissionshandel bleibt ohne Wirkung, solange bis 2012 noch 90 Prozent der CO₂-Rechte kostenlos verteilt werden. Dies bringt nur den Energiemultis Sondergewinne in Milliardenhöhe, die sie dann gewinnbringend in neue Kohlekraftwerke investieren können. Damit wird die Fixierung auf fossile Energien über Jahrzehnte durchgesetzt und der Ausbau der Erneuerbaren Energien für den Klimaschutz ausgebremst! Hinzu kommt, dass die Energiekonzerne planen, wegen

angeblich nicht ausreichender Leitungskapazitäten Windenergie aus dem Netz zu nehmen, um ihren Kohlestrom weiter verkaufen zu können.

Gleichzeitig wird die Monopolstellung der Energieversorger zementiert und der Ausbau einer dezentralen Energieversorgung verhindert.

Nordseeküste darf nicht zum Kohlestrand werden

Wir Grünen unterstützen die Kritik der Bürgermeister der sieben ostfriesischen Inseln, die parteiübergreifend Front gemacht haben gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke im Jade-Ems-Gebiet. Zu Recht stellen sie fest, dass bei der vorherrschenden Windrichtung die ostfriesischen Inseln, die bisher Reinluftgebiet sind, als Tourismusziel gefährdet sind. Feinstaub- Quecksilber und Cadmiumverteilung durch neue Kohlekraftwerke in der Region werden Erholungssuchende abschrecken und von der Nordsee vertreiben. Der Schaden in der Tourismuswirtschaft wird höher sein als der Gewinn an Arbeitsplätzen in der Stadt Wilhelmshaven.

Die Grüne Küstenkonferenz fordert:

- Die Nordseeküste darf durch den Bau neuer Kohlekraftwerke nicht zum Kohlestrand werden!
- Die niedersächsische Landesregierung muss den Bau neuer Kohlekraftwerke an der Küste verhindern, statt sie weiter zu fördern.
- Bürgerentscheide in der Region müssen zugelassen werden. „Breite Bürgerbeteiligung und Transparenz“, wie von Herrn Wulff versprochen, muss gerade dann umgesetzt werden, wenn Bürgerinnen und Bürger die Anlagen ablehnen.
- Die alternative Strom- und Wärmeversorgung muss beschleunigt ausgebaut werden. Grundsteine hierfür sind:
 - Die schnelle Errichtung der geplanten Offshore Windparks in der Nordsee und ein umfassendes Repowering veralteter Windmühlen
 - Eine effizientere Nutzung von Biomasse zur Erzeugung von Strom und Wärme.
 - Die Prüfung des Baus neuer Gaskraftwerke mit hohem Wirkungsgrad.
 - Ein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in dezentralen Strukturen
- Wir fordern Investitionsprogramme für die Senkung des Energieverbrauchs, statt für den weiteren Ausbau fossiler Energieträger. Energieeinsparungen im Gebäude- und Wohnungsbereich senken den Energieverbrauch und entlasten so Verbraucherinnen und Verbraucher bei hohen Energiepreisen und schonen das Klima wirksam.
- Wir fordern die Verbraucherinnen und Verbraucher auf, die Energiewende weg von Kohle und Atom, hin zu Erneuerbaren Energien auch persönlich durch einen Wechsel zu ökologischen Stromanbietern voranzubringen.